

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Ein Fall für die Staatsanwaltschaft

ELF AQUITAINE - DAGMAR BECKER KRITISIERT UMWELTMINISTERIUM

Eine Nachhilfestunde kündigte die CDU-Fraktionsspitze der SPD für die "Aktuelle Stunde" im Plenum Ende Januar in Sachen Altlastenfreistellung in Thüringen an. Dieses Angebot wies die SPD-Umweltpolitikerin Dagmar Becker entschieden zurück. Nach ihrer Meinung sei es bedenklich, wenn Umweltminister Sklenar nicht wisse, dass der Leuna-Minol-Vertrag der sogenannte TED-Vertrag (Thyssen-Elf-Deutschland-Vertrag) ist. Die unglaubliche Geschichte der Freistellung der Elf Oil Deutschland GmbH beginnt am 10. März 1992. Damals, so die SPD-Politikerin aus Nordthüringen, stellten deren Minol-Vorgänger und der Rechtsvertreter von Elf France für etwa 400 Objekte Freistellungsanträge. Der Kaufvertrag zwischen Treuhandanstalt, Elf Aquitaine und Thyssen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschlossen. Es existierte lediglich ein Vorvertrag. Der TED-Vertrag selbst wurde erst am 30./31. Juli 1992 geschlossen und in der Schweiz beurkundet.

Die SPD-Umweltpolitikerin verweist auf den TED-Vertrag, da im Freistellungsbescheid für die Elf vom 14. Juli 1998 nach ihrer Recherche aus diesem Vertrag von 1992 zitiert wurde. Elf und Minol einschließlich ihrer Tochtergesellschaften sowie Leuna 2000 werden dort als die "freigestellten Unternehmen" bezeichnet. "Angesichts dessen ist es merkwürdig, dass der Umweltminister diesen TED-Vertrag nicht kennt", so Becker.



DAGMAR BECKER

Der Fortgang der Elf-Freistellung in Thüringen gestaltete sich nach Erkenntnissen der SPD-Fraktion wie folgt: 1993 und 1994 wurden etwa 50 der rund 400 Einzelanträge abgelehnt. Die Anträge entsprachen nicht den Anforderungen des Umweltschutzgesetzes. Erfüllendes Kriterium hierfür ist die tatsächliche Investition auf den freizustellenden Grundstücken. "Gegen die Ablehnungen ging Elf vor. Nicht etwa gerichtlich, der Konzern wählte einen anderen Weg", kritisiert Dagmar Becker. Durch den Beauftragten, Professor Müller, intervenierte Elf im Oktober 1994 schriftlich beim Land. Neben der Bedeutung des Minolvorhabens für Leuna wurde auch auf den TED-Vertrag verwiesen. "Das Vertragswerk fand wohlwollende Unterstützung durch Staatspräsident Mitterand und Bundeskanzler Kohl", zitiert die SPD-Umweltpolitikerin den Brief des Beauftragten. Dieses Vorgehen mit dem Ziel der Wiederaufnahme hatte Erfolg, denn mit einem Globalbescheid und zahlreichen Verrenkungen wurden am 14. Juli 1998 nun auch die zunächst abgelehnten Anträge von 1992 positiv beschieden. Und in diesem Zusammenhang erfolgte eine umfängliche und sogar unternehmensbezogene Freistellung für die Elf Oil Deutschland GmbH mit einer Öffnungsklausel.

Grundlage dieser Freistellung soll nach Aussage des Umweltministers ein Globalantrag der Minol gewesen sein. Dessen Existenz stellt Dagmar Becker infrage, denn im Antrag auf Wiederaufgreifung vom 13. Oktober 1994 werden einzelne Freistellungsablehnungen aufgelistet.

Festzuhalten bleibt: Erstens ist der Freistellungsbescheid gegen den Sachverstand aller zuständigen Fachbehörden ergangen - auf



Weisung des Ministeriums. Teilweise ist das Diktat des Anwalts von Elf wortwörtlich in den Bescheid übernommen worden.

Zweitens strotzt der Freistellungsbescheid vor juristischen Fehlern.

Und drittens ist der Bescheid über vorläufig 31,5 Millionen Mark auf politischen Druck zustande gekommen. Es besteht der dringende Verdacht, dass es weder inhaltliche noch juristische, sondern ausschließlich andere Gründe waren, die zu dieser Mitgift an Elf geführt haben.

Politisch wird die SPD-Fraktion weiter mit dem Thema umgehen.

Am 31. Januar 2000 übergab Dagmar Becker alle ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen der Staatsanwaltschaft Erfurt.

AKTUELL

Simson-Werk Suhl weiterhin im Schwebezustand.

Seite 3

PERSONEN

Harald Seidel zum Bürgerbeauftragten nominiert.

Seite 4



SPD
THÜRINGEN
LANDTAGSFRAKTION

TSI im Visier

Dem auf SPD-Antrag eingesetzten Untersuchungsausschuss in Sachen Thüringer Straßeninstandhaltungs GmbH (TSI) mit Sabine Doht als Vorsitzende steht nichts mehr im Wege.



Wie notwendig die parlamentarische Untersuchung ist, verdeutlichen nicht nur die jüngsten Presseveröffentlichungen zu einer möglichen Flug-Affäre, sondern auch die große Verunsicherung der Beschäftigten. Es besteht dringender Aufklärungsbedarf. Die Vorwürfe müssen unverzüglich untersucht werden. Falls sich der Verdacht einer nicht ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Finanzmitteln bestätigt, müssen personelle Konsequenzen folgen.

Nachdem die CDU-Fraktion ihre Blockadehaltung endlich aufgegeben hat - sie hatte mit ihrer Parlamentsmehrheit nach alter SED-Manner die Wahl von Sabine Doht verzögert - wird der Untersuchungsausschuss umgehend mit seiner Arbeit beginnen. Damit können mögliche Missstände in der Landesgesellschaft schnell aufgeklärt und behoben werden.

Heiko Gentzel
Fraktionsvorsitzender

Stadtwerke nicht benachteiligen

SPD-FRAKTION FORDERT NOVELLIERTE KOMMUNALORDNUNG

Dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung steht die SPD-Fraktion mit Vorbehalten gegenüber und wird ihn in den parlamentarischen Beratungen kritisch beleuchten, sagte der kommunalpolitische Sprecher Volker Schemmel.

Ziel der Gesetzesänderung ist, den Stadtwerken Strom- und Gaslieferungen auch über die eigene Region hinaus zu ermöglichen. Wenn mit der Gesetzesnovelle der Landesregierung die Genehmigungspflicht dieser Ausweitung des Tätigkeits-

feldes zu Gunsten der Stadtwerke aufgehoben wird, ist dies ein erster, aber nur unzureichender Schritt. Wichtig sei, die Kommunalordnung dahingehend zu ändern, dass kommunalen Unternehmen eine wirtschaftliche Betätigung auch über die bisherigen Geschäftsbereiche hinaus für sogenannte kerngeschäftsnahe Dienstleistungen ermöglicht wird, so Schemmel. Er verweist darauf, dass mit einer Gefährdung der Stadtwerke die Kommunen wichtige Einnahmen und das regionale Handwerk bedeutsame Auftraggeber verlören.

Gewaltvideos Einhalt bieten

THÜRINGEN BRAUCHT STÄRKUNG DER SOZIALPÄDAGOGIK

Den Handel mit gewaltverherrlichenden und damit jugendgefährdenden Videos und Computerspielen wird die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Pelke zum Thema im Thüringer Landtag machen. Nachdem die hessische und die bayerische Landesregierung bereits im Bundesrat für den Schutz vor Gewaltverherrlichung aktiv wurden und ein Verbot jugendgefährdender Filme, Computerspiele und Videos beantragten, fordert die SPD-Sozialpolitikerin Pelke die thüringische Landesregierung auf, nicht

länger eine zögerliche Haltung einzunehmen. "Es reicht nicht aus, wenn sich Justizminister Birkmann für ein solches Verbot ausspricht. Thüringen muss endlich aktiv werden und sozialpädagogische Maßnahmen für Kinder und Jugendliche verstärken."

In einer parlamentarischen Anfrage fordert Birgit Pelke eine Stellungnahme der Landesregierung und will von ihr wissen, ob sie die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) für eine geeignete Einstufungs- und Kontrollinstanz auch für Computerspiele hält.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417, Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer

Layout/ Satz:  malewski
WERBUNG & SATZ

Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt

Redaktionsschluss: 25.02.2000

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

für Sie dabei.

DIE ABGEORDNETEN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION.

Nutzen Sie die Möglichkeit und sprechen Sie mit Ihren SPD-Abgeordneten.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Bei der Thüringenausstellung vom 08. bis 16. April auf der Erfurter Messe finden Sie uns in **Halle 1, Stand 1D05**.

www.spd-thl.de



Simson-Werk Suhl weiter im Schwebestadium

Auf die Verantwortung der Landesregierung zur Unterstützung der Simson Zweirad GmbH in Suhl wies der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Frieder Lippmann, in seiner Rede in der Plenardebatte Ende Januar: Er erwarte von allen Verantwortlichen, "auch von der Landesregierung, dass sie sich nicht vor dieser Verantwortung drücken." Man könne nicht in Wahlzeiten Versprechungen machen und diese anschließend nicht halten, so Lippmann. Der SPD-Wirtschaftspolitiker sagte an die Adresse des Thüringer Wirtschaftsministeriums: "So bedauerlich das ist, es ist alles falsch gemacht worden, was man falsch machen konnte für dieses Unternehmen." Zur Problemlösung müssten drei Dinge erfolgen: Klare Besitz- und Eigentumsverhältnisse sowie klare Nutzungsrechte an materiellen und immate-

riellen Werten, damit der Sequestor erfolgreiche Verhandlungen mit potenziellen Investoren führen kann. Zweitens könne der Industriestandort nur in kleinen Schritten wieder aufgebaut werden. Auch das sei unstrittige Erkenntnis. Gebrauchte würden privates Geld und Unternehmen sowie Geschäftsführer, die diese Bezeichnung auch verdienen, sagte Lippmann weiter. Seien diese gefunden, gehöre selbstverständlich dazu das übliche Potenzial staatlicher Fördermöglichkeiten wie zum Beispiel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Infrastruktur (GA). Und als dritter wichtiger Punkt müsse für die Simson-Beschäftigten jede erdenkliche Möglichkeit eines sozialverträglichen Übergangs in die Arbeitslosigkeit oder einer Weiterbeschäftigung ausgeschöpft werden. Das heißt also die soziale Sicherung der Menschen.

MEINUNG

Misswirtschaft

Das Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt - einst als das wegweisende Gewerbegebiet Thüringens gefeiert - steht wegen des Verdachts auf Missmanagement und möglicher unsauberer Geschäftspraktiken heftig in der Kritik und gar vor dem Aus.



Etwa die Hälfte der Gewerbeflächen wurden bislang vermarktet, die Gesellschafter - die Stadt Erfurt mit 42,5 Prozent, die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) mit 35,3 Prozent, die Deutsche Bahn AG mit 14,7 sowie die GVZ-Betriebsgesellschaft mit 7,5 Prozent - stehen mit 66 Millionen DM bei den Banken in der Kreide. Dies bedeutet für die LEG Verbindlichkeiten in Höhe von 23,3 Millionen DM. Wie soll das die LEG bei einem Jahreszuschuss von 50 Millionen DM aus dem Landeshaushalt verkraften? Dies geht wohl nur, wenn die Umsetzung anderer, weit drängenderer Projekte in Thüringen nach hinten gestellt wird. Hinzu kommen Bestrebungen der Deutschen Bahn, ihre Anteile zurückzugeben - für eine symbolische Mark. Dass damit 9,7 Millionen DM Verluste verbunden sind, wird dem aufmerksamen Betrachter verschwiegen.

Die Fehlentwicklungen im GVZ unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden und CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Otto wurde im Landtags- und Kommunalwahlkampf '99 immer wieder gerne den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben. Dies war schon damals ein böswilliges Unterfangen. Und wie sich jetzt herausstellt, folgt die "Rache auf dem Fuße": Denn jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft im Firmengewirr des GVZ und versucht, Sachverhalte und Ungeheimheiten aufzuklären.

Aufklärung tut Not in Deutschland. Denn fast überall dort, wo die CDU ihren Einfluss unkontrolliert geltend machte, war die Trennschärfe zwischen der Politik und der Einflussphäre der Wirtschaft nicht, oder nur unzureichend gegeben.

Birgit Pelke
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Anzeige

SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Zur Verstärkung unseres Pressereferates suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen

Pressereferent/en

Dabei denken wir vorzugsweise an eine/einen Mitarbeiterin/Mitarbeiter mit Erfahrungen im Bereich der Print- und audiovisuellen Medien.

Wir erwarten eine hohe Einsatzbereitschaft, kommunikative Kompetenz im Umgang mit Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen und hohe Kollegialität in der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion.

Ihre Aufgabe wird vor allem sein, die Aufgaben und Zielstellungen der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag öffentlichkeitswirksam umzusetzen.

Wir bieten eine anspruchsvolle, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, die nach Ablauf einer Probezeit nach Verg.Gr. III des BAT-Ost vergütet wird.

Wenn Sie mehr über uns wissen möchten, können Sie weitere Informationen auch unter www.spd-thl.de im Internet abrufen.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an die

SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Frau Heider
Arnstädter Straße 51 . 99096 Erfurt
Tel.-Nr.: 03 61 / 3 77 23 35

„Anwalt der Bürger“

SPD-FRAKTION NOMINIERT HARALD SEIDEL

Für mehr Bürgernähe, Demokratie und Transparenz will sich Harald Seidel aus Greiz stark machen. Die SPD-Landtagsfraktion hat ihn für das Amt des Bürgerbeauftragten in Thüringen vorgeschlagen.

Seidel war bis 1999 neun Jahre Abgeordneter der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag und saß vier Jahre im Petitionsausschuss. Er sagt von sich selbst, dass er ohne parteipolitische Scheuklappen agieren und die Menschen vor Ort mit ihren Problemen aufsuchen wolle. In enger Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss des Landtages müsse der künftige Bürgerbeauftragte helfen, die Hürden der Bürokratisierung abzubauen. „Bürokratie durchschaubarer zu machen und Behörden, Verwaltungen und Institutionen ins eigentliche Leben zurückholen, ist eine wichtige Aufgabe“, sagte Seidel weiter. Hauptanliegen eines Bürger-



beauftragten müsse sein, den Menschen zu ihren legitimen Rechten zu verhelfen und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken.

Mit Harald Seidel stellt die SPD-Fraktion einen Gegenkandidaten zu Ex-Sozialstaatssekretär Heinz Benner (CDU) auf, den Ministerpräsident Vogel vorgeschlagen hatte. Benner stammt aus Rheinland-Pfalz und war in den vergangenen fünf Jahren dort für die CDU tätig.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Gerhard Botz, hatte bereits im Dezember die „undemokratische und inakzeptable Verfahrensweise“ Vogels kritisiert, weil er seinen Personalvorschlag kund tat „Monate, bevor das Parlament Gelegenheit bekommt, über die Modalitäten eines Bürgerbeauftragten zu entscheiden“. Botz forderte Nachbesserungen am Bürgerbeauftragten-Gesetz, das derzeit in den parlamentarischen Ausschüssen diskutiert wird.

Vor Medienvertretern betonte Fraktionsvorsitzender Heiko Gentzel im Februar, dass die SPD-Fraktion mit Harald Seidel einen Kandidaten präsentiere, dessen Herkunft und Lebenslauf der Mehrheit der Menschen, für die er sich ihn Thüringen einsetzen wolle, sehr nahe komme. Da das Vorschlagsrecht für den Bürgerbeauftragten laut Gesetzentwurf der Landesregierung zustehe, werde die SPD-Fraktion Ministerpräsident Vogel auffordern, Harald Seidel vorzuschlagen.

HARALD SEIDEL

geboren am 22. Januar 1945 in Greiz, evangelisch, verheiratet.

Persönliches.

- bis 1990 Maschinenbauer in Greizer Metallbetrieb
- Mitglied der Jazzformation „media nox“
- Initiator und Organisator der Projektreihe „Prominente im Gespräch“, die mittlerweile thüringenweit bekannt ist - bisher u.a. mit Johannes Rau, Bernhard Vogel, Hans-Jochen Vogel, Richard von Weizsäcker, Heide Simonis, Kurt Biedenkopf
- seit 25 Jahren Gast der ältesten Naturwissenschaftlichen Akademie „Leopoldina“ von Europa in Halle
- Gründungsmitglied der Ost-SPD (SDP) in Schwante bei Berlin am 7.10.1989

Politisches.

- seit der Gründung des SPD-Kreisverbandes Greiz im November 1989 Kreisvorsitzender
- von 1990 bis 1999 Mitglied des Thüringer Landtages
- 1. Legislatur: Mitglied des Petitionsausschusses, Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, kultur- und medienpolitischer Sprecher
- 2. Legislatur: Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur, kultur- und medienpolitischer Sprecher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Mitglied der Bundesmedienkommission der SPD von 1992 bis 1999
- Mitglied der Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) von 1992 bis 1999
- seit 1999 Mitglied des Kreistages Landkreis Greiz

Petra Heß:

„Beste Eignung für sensibles Amt“

Mit der Nominierung von Harald Seidel für die Wahl des Bürgerbeauftragten hat die SPD-Fraktion eine gute Wahl - die erste Wahl - getroffen. Kaum ein anderer kann bessere Zugangsvoraussetzungen nachweisen als er. Harald Seidel, ein Mann der ersten Stunde, kennt den demokratischen Aufbauprozess in Thüringen von Beginn an. Mit seinen menschlichen Vorzügen und seiner Biografie bringt er hervorragende Eigenschaften für die Erfüllung dieser verantwortungsvollen Aufgabe mit. Ein Bürgerbeauftragter hat keinen Job wie jeder anderer. Es ist eine Berufung, bei der Herz und Verstand, besser gesagt: Verständnis eingebracht werden müssen. Die Bürgerinnen und Bürger Thüringens wären mit ihren Problemen bei Harald Seidel gut aufgehoben. Er wäre der richtige Mensch am richtigen Platz. Bleibt nur zu hoffen, dass die Landesregierung nicht die Maßstäbe der Versorgungsprinzipien ansetzt, sondern die Eignung des Kandidaten für dieses sensible Mandat berücksichtigt.

IMMER > AKTUELL > INFORMIERT

> WWW.SPД-THL.DE